

Ratte und Geier

Neu aufgetauchte Geheimakten könnten die einstige RAF-Frau Verena Becker entlasten. Die Bundesanwaltschaft kennt die Papiere seit langem, schwieg aber.

Die Männer vom Geheimdienst trafen Verena Becker mal inkognito im Knast, mal verlegten sie die RAF-Frau in eine konspirative Wohnung, um in aller Ruhe reden zu können. Die Terroristin und die Geheimen – das sollte kein Schließer und kein Mitgefangener mitbekommen. „Zauber“ taufte das Bundesamt für Verfassungsschutz die Operation, offenkundig überwältigt vom eigenen Erfolg. Die Ergebnisse legten die Beamten in zwei langen Vermerken nieder.

Die geheimen Befragungen von 1981 werden wohl eine weitaus wichtigere Rolle spielen als bislang gedacht, wenn diese Woche vor dem Oberlandesgericht Stuttgart der Prozess gegen Verena Becker beginnt. Es geht um die bis heute ungeklärte Frage, wer Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seine zwei Begleiter am 7. April 1977 in Karlsruhe erschoss und ob Becker an dem Attentat beteiligt war, wie die Bundesanwaltschaft in ihrer Anklage behauptet.

Überraschend sind nun aus den Archiven des Verfassungsschutzes zwei weitere, bislang unbekannte Geheimvermerke aufgetaucht, die die Zweifel daran verstärken, dass die Angeklagte direkt an dem Anschlag beteiligt war. Die Dokumente stammen aus der frühen Phase von „Zauber“ und beziehen sich auf die ersten Gesprächsrunden zwischen der damals psychisch angeschlagenen Gefangenen und den Beamten aus Köln.

In den Vermerken vom 8. Oktober 1981 und vom 16. November 1981 geht es um die internen Diskussionen in der RAF Anfang 1977. Becker zufolge soll Brigitte Mohnhaupt für eigenständige Anschläge in Deutschland plädiert haben, während Stefan Wisniewski und Günter Sonnenberg dazu die Nähe zu palästinensischen Gruppen suchten. Mohnhaupt habe sich gefügt und der zwischen ihr und Becker ausgetragene Streit sei begraben worden, heißt es in dem bis heute als geheime Verschlussache eingestuften Dokument vom 16. November 1981. Und weiter: Becker und Mohnhaupt, die sich untereinander mit den Namen „Ratte“ und „Geier“ angedredet hätten, seien „im April 1977 (zum Zeitpunkt des Buback-Anschlags waren sie abwesend)“ nach Bagdad geflogen. Dort habe man Mohnhaupt unter ihrem Kampfnamen „Hinda“ gekannt.



Angeklagte Becker
Zum Zeitpunkt des Anschlags im Irak?



Tatort des Buback-Attentats 1977
Exklusives Wissen

War Verena Becker also nicht in Deutschland, als die tödlichen Schüsse am 7. April 1977 fielen?

Die Behauptung in dem Verfassungsschutzpapier steht in eklatantem Widerspruch zu der Version des Tathergangs, wie sie von der Bundesanwaltschaft in der Anklageschrift geschildert wird. Danach soll Becker am 6. April – einen Tag vor den Schüssen – entweder den Tatort ausgespäht oder aber zwei andere RAF-Mitglieder dort mit einem Auto abgeholt haben. Bagdad oder Baden-Württemberg? Nur eine der amtlichen Versionen kann stimmen.

Welche die richtige ist, müssen nun die Richter klären. Der Verfassungsschutz hat dem Gericht Ende August neben den Dokumenten auch seine eigenen Zweifel übermittelt. Aus dem Vermerk von 1981 gehe nicht hervor, unter welchen Umständen die Bagdad-Story aktenkundig wurde, und ob es Belege für die Reise in den Irak gebe. Andere Zeugenaussagen deu-

teten darauf hin, dass sich Mohnhaupt zum Zeitpunkt des Anschlags nicht in Bagdad, sondern in Amsterdam aufgehalten habe. Und auf den Briefkuverts, in denen die RAF etwa eine Woche nach dem Fanal ihre Bekennerschreiben verschickte, wurde Beckers DNA entdeckt. Den Verfasser des jetzt aufgetauchten Dokuments kann das Gericht nicht mehr befragen, er ist tot; die Tonbänder sind gelöscht, die Originalabschriften und weitere Teile der Akte verschwunden.

Für das Verfahren gegen die einstige Untergrundkämpferin, die heute als Heilpraktikerin und Frührentnerin in Berlin lebt, sind die beiden Geheimvermerke dennoch Gift. Sie verstärken nicht nur die Verschwörungstheorie des Buback-Sohns Michael, der als Nebenkläger auftritt und vermutet, dass Becker seinen Vater erschossen hat und bis heute vom Verfassungsschutz gedeckt wird.

Die Dokumente werfen auch die Frage auf, ob in dem Verfahren alles mit rechten Dingen zugeht. Denn die Ankläger kennen die Irak-Episode schon seit einem Jahr. Im September 2009 konnte der ermittelnde Bundesanwalt Walter Hemberger beim Verfassungsschutz in Köln alle Dokumente der mehrbändigen „Zauber“-Akte lesen, inklusive des nun aufgetauchten Bagdad-Vermerks.

Laut Gesetz muss die Anklagebehörde bei wie entlastende Indizien zusammentragen. Doch in der Anklageschrift taucht die angebliche Irak-Reise mit keinem Wort auf. Zwar hatte die Bundesanwaltschaft um die Freigabe sämtlicher Becker-Akten des Verfassungsschutzes gebeten. Doch als das zuständige Bundesinnenministerium für den Prozess nur die 227 und 82 Seiten starken Zusammenfassungen der „Zauber“-Vermerke entspernte, schwiegen die Bundesanwälte und behielten das exklusive Wissen über die weiteren Papiere für sich.

Hätte der Verfassungsschutz in diesem Sommer auf Antrag des Gerichts nicht noch einmal sämtliche Akten durchgesehen, wäre das Material wohl auf ewig unter Verschluss geblieben. So fiel den Geheimdienstlern die Brisanz auf, und sie entschieden, dass die beiden Vermerke von 1981 für die Wahrheitsfindung unverzichtbar seien. Die Verteidiger von Becker wollen jetzt erfahren, welche Papiere es sonst noch gibt – und was die Bundesanwälte noch alles wissen.

Die historische Wahrheit kennt am besten Verena Becker, aber für das Gericht wird sie wohl keine Hilfe sein. Im April 2007, 30 Jahre nach dem Attentat, fuhr sie nach Mannheim, um mit früheren Gesinnungsgenossen eine gemeinsame Linie festzulegen. An der Zusammenkunft nahm auch Brigitte Mohnhaupt teil, und für einen Moment war es wie 1977: „Ratte“ und „Geier“ einigten sich – zu schweigen.

JÜRGEN DAHLKAMP, HOLGER STARK



DIE WIEDERVEREINIGUNG VOR 20 JAHREN erschien den Zeitgenossen wie ein Wunder. Denn zunächst war der Widerstand groß: Kreml-Chef Michail Gorbatschow wollte die DDR retten, Paris und London wollten die Einheit verhindern, selbst US-Präsident George Bush zögerte. Geheimakten des Auswärtigen Amts zeigen, wie die Regie-

rung Kohl/Genscher alle diplomatischen Hindernisse überwand (Seite 39). Kohls Alleingänge brüskierten allerdings die Alliierten. „Darüber waren wir nicht glücklich“, sagt die ehemalige US-Außenministerin Condoleezza Rice im SPIEGEL-Gespräch (Seite 53). Und Paris bot einen Deal an: Ja zur Einheit gegen die Einführung des Euro.

Der Preis der Einheit

Während die Bundesbürger den Fall der Mauer bejubelten, feilschten Bonn und Paris heimlich um die Europäische Währungsunion. Die Verhandlungen drohten zu scheitern, so belegen interne Regierungsdokumente. Mussten die Deutschen ihre Mark für die Wiedervereinigung opfern?

Der Architekt der deutschen Einheit ist zornig. Wolfgang Schäuble, Innenminister unter Helmut Kohl und Verhandlungsführer beim Einigungsvertrag, hat die Stirn in tiefe Falten gelegt und reiht in kurzen Abständen Ausdrücke tiefsten Missfallens aneinander. Es sind kräftige Wörter, er möchte sie nicht gedruckt sehen.

Schäuble hält ein dickes Buch in der Hand. Auf dem Cover blickt Peer Stein-

brück entschlossen in die Ferne. Nicht, dass der Finanzminister persönlich etwas gegen seinen Amtsvorgänger hätte. Neulich hat sich Schäuble einen Vortrag Steinbrücks über Demokratie und Medien angehört, und gegen die Thesen des Sozialdemokraten zur Finanzkrise hat er ebenfalls wenig einzuwenden.

Was Schäuble aufbringt, ist ein schlichter Satz im zweiten Kapitel des Buchs, gut versteckt in einer langen Abhandlung

über den „lahmenden Stier“ Europa. „Die Preisgabe der D-Mark gegen den (gleichermaßen) stabilen Euro“, heißt es da, „war eine der Konzessionen, die dazu beitragen, den Weg zur deutschen Vereinigung zu ebnen.“

Es gibt nicht viele politische Aussagen, die den altgedienten Christdemokraten auf die Palme bringen können. Die Behauptung, dass die deutsche Einheit einem Tauschgeschäft zu Lasten der

D-Mark zu verdanken ist, gehört eindeutig dazu. „Einen solchen Handel hat es nie gegeben“, bekräftigt Schäuble. Die Frage der Europäischen Währungsunion habe bei den Entscheidungen zur deutschen Einheit „höchstens am Rande eine Rolle gespielt“.

Steinbrück dagegen ist sich seiner Sache sicher. Wer mit französischen Regierungsvertretern rede, sagt er, erhalte die These dutzendenfach bestätigt.

20 Jahre sind seit dem kollektiven Freudentaumel des Jahres 1990 vergangen; 20 Jahre haben die Deutschen bis ins Letzte ausgeleuchtet, was alles dazu beigetragen hat, das Wunder der Einheit hervorzubringen: der Mut der DDR-Bürgerrechtler, der Zerfall der Sowjetunion, die Entschlossenheit Kohls.

Der Gedanke dagegen, dass auch das Ende der Mark Einfluss auf die deutsch-deutsche Staatenfusion gehabt haben könnte, ist für die meisten Bundesbürger eine fernliegende Vorstellung, schon wegen der Daten. Die ersten Euro-Scheine und -Münzen wurden erst Anfang 2002 ausgegeben, mehr als zehn Jahre nach der Einheit.

Unter den beteiligten Politikern dagegen sorgt die Frage, wie die beiden wichtigsten Einigungsprozesse der vergangenen zwei Dekaden miteinander zusammenhängen, seit Jahren für erbiterte Kontroversen; und es ist kein Zufall, dass die Frontlinie dabei oft entlang der deutsch-französischen Staatsgrenze verläuft.

Hubert Védrine zum Beispiel, damals Berater von Präsident François Mitterrand, ist überzeugt, dass sein Chef ohne deutsche Zugeständnisse in Sachen Währungsunion der Vergrößerung der Bundesrepublik kaum zugestimmt hätte: „Mitterrand wollte keine Wiedervereinigung ohne einen Fortschritt bei der Europäischen Integration“, sagt Védrine. „Und das einzige Terrain, das vorbereitet war, war die Währung.“

Sein deutscher Gegenspieler Joachim Bitterlich dagegen, der damals im Bonner Kanzleramt die Kontakte in den Pariser Elysée-Palast hielt, will von einem Deal der beiden Staatsmänner nichts wissen: „Die Europäische Währungsunion“, sagt er, „wäre auch ohne deutsche Einheit gekommen.“

Es geht um mehr als um einen Streit unter Politikern und Ministerialbeamten, es geht um das historische Urteil über die zentralen Regierungsprojekte der vergan-

genen Jahrzehnte. Hätten die Franzosen recht, würde nicht nur ein Schatten fallen auf den nationalen Glückstag der Deutschen.

Es würde auch den Euro beschädigen, der in Deutschland nicht erst seit den Rettungspaketen für Griechenland und andere schlingende Euro-Staaten als ungeliebtes Kind gilt. Schon immer haben Kritiker wie der frühere Kanzler Gerhard Schröder das Gemeinschaftsgeld für „eine kränkelnde Frühgeburt“ gehalten. Nun könnten sie auch noch behaupten, dass den Deutschen der Euro quasi aufgezwungen wurde.

Historiker wissen seit langem, dass wichtige Entscheidungen zu Einheit und

matischen Tagen nicht überwunden, wäre die Geschichte womöglich anders verlaufen: bei den internationalen Verhandlungen über die deutsche Einheit genauso wie in Sachen Währungsunion.

Denn bis zu jener krisenhaften Zuspitzung Ende 1989 ist die Debatte um das europäische Gemeinschaftsgeld eher nach üblichem Brüsseler Tempo verlaufen, zäh und träge, wie schon öfter in der Nachkriegszeit. Seit den Tagen Konrad Adenauers und Charles de Gaulles haben sich europäische Staatsmänner immer wieder bemüht, eine gemeinsame Währung auf den Weg zu bringen. Erfolgreich sind sie nie. Stets scheitern die Versuche am Interessengegensatz zwischen den Inflations-

ländern des Südens und dem sogenannten Hartwährungsgürtel um Deutschland und die Niederlande.

Entsprechend gedämpft sind die Erwartungen, als Kohl und Mitterrand Mitte der achtziger Jahre einen neuen Anlauf starteten. Vor allem die Franzosen leiden unter dem existierenden Währungssystem, das sie als perfide Zweiklassenordnung zu ihren Lasten empfinden.

Den Vorteil hat die deutsche Exportwirtschaft, die davon profitiert, dass die europäischen Wechselkurse innerhalb gewisser Bandbreiten festgeschrieben sind. Den Nachteil haben die Pariser Finanz- und Geldpolitiker. Sie sind dem demütigenden Diktat der Bundesbank wehrlos ausgeliefert. Jedes Mal, wenn die Frankfurter Währungshüter die Zinsen erhöhen, müssen die Franzosen nachziehen. Und jedes Mal, wenn die Preise links

des Rheins mal wieder schneller geklettert sind als auf der anderen Seite des Stroms, bleibt Paris nichts weiter übrig, als den Franc abzuwerten: ein weltweit registriertes Signal der ökonomischen Unterlegenheit. „Was für uns die Atombombe ist“, heißt es im Elysée-Palast, „ist für die Deutschen die D-Mark.“

Um den Sprengsatz zu entschärfen, beauftragt der Europäische Rat im Sommer 1988 den Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, ein Konzept für eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion auszuarbeiten. Ein knappes Jahr später legt der Franzose seinen Stufenplan vor. Das Konzept wird europaweit begrüßt, auch die großen deutschen Parteien stimmen zu. Was im allgemeinen Jubel allerdings untergeht: Im sogenannten Delors-Plan bleiben wesentliche Streitfragen zwischen Paris und Bonn ungeklärt.



Botschaftsflüchtling in Prag am 2. Oktober 1989

Die Aufmerksamkeit der Deutschen ist in jenen Tagen ganz nach Osten gerichtet.

Gemeinschaftswährung in jenen schicksalhaften Spätherbsttagen des Jahres 1989 miteinander verwoben waren, wie der britische Euro-Chronist David Marsh vermerkt.

Nun zeigen bislang geheime Dokumente aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, die dem SPIEGEL vorliegen, dass die Verknüpfung noch viel enger war als bislang bekannt. Gegen die Wiedervereinigung drohte sich eine breite westeuropäische Allianz zu formieren, und das deutsch-französische Verhältnis stand kurz vor dem Bruch. Unverblümt warnte Mitterrand damals die Bonner Regierung, sie könnte in Europa bald so isoliert dastehen „wie 1913“ – jener Zeit vor dem Ersten Weltkrieg also, als sich das Kaiserreich einer englisch-französisch-russischen Allianz gegenüber sah.

Die Papiere zeigen auch: Hätten Bonn und Paris ihre Differenzen in jenen dra-

Soll die künftige Währungsbehörde dem Zugriff der Regierungen unterworfen werden, wie es die Franzosen fordern, oder nach deutschem Vorbild unabhängig sein? Muss dem Gemeinschaftsgeld eine gestärkte politische Union vorausgehen, wie es die Deutschen fordern, oder ist das künftige Europageld auch so lebensfähig? Und schließlich: Wo soll die Zentrale der neuen Währungsbehörde angesiedelt sein – in Paris oder in Frankfurt?

So groß sind die Differenzen, dass sich der damalige Bundesbank-Präsident Karl Otto Pöhl keine großen Sorgen macht, den Start des geplanten Europageldes jemals zu erleben. „Ich war überzeugt“, sagt Pöhl, „das kommt frühestens in hundert Jahren.“

So lange aber will Paris nicht warten. In der zweiten Jahreshälfte 1989 haben die Franzosen den europäischen Ratsvorsitz inne. Das ist im politischen Kalender Brüssels stets eine günstige Gelegenheit, die eigenen Herzensanliegen voranzutreiben. Und so erreichen das Bonner Kanzleramt immer drängendere Noten aus dem Elysée-Palast, beim Thema Währungsunion Tempo zu machen. Spätestens auf dem EG-Gipfel in Straßburg am 8. und 9. Dezember, so fordern die Franzosen, müsse eine entsprechende Regierungskonferenz für das kommende Jahr einberufen werden.

Noch in Deutschland sind die politischen Pläne auf ein ganz anderes Datum ausgerichtet: das der nächsten Bundestagswahl Ende 1990. Kohl weiß genau, dass die Aufgabe der Mark nicht nur auf den Widerstand von Bundesbank, Finanzministerium und weiten Teilen der CSU stoßen würde, sondern auch auf den Unwillen der Bevölkerung. „Die Mark ist Teil unseres Nationalstolzes“, vertraut er US-Präsident George Bush an. Sie preiszugeben wäre gleichbedeutend mit kostenloser Wahlwerbung für die rechtsgerichteten Republikaner, die in jenen Jahren mit forschender antieuropäischen Tönen die ersten Parlamente eroberten. „Die D-Mark aufzugeben“, sagt Kohl im Sommer zu Mitterrand, „ist die öffentliche Meinung noch nicht bereit.“

Wochen später reicht er seine Bedenken schriftlich nach. In einem Brief an Mitterrand wiederholt er die deutsche Forderung, zeitgleich mit der Währungsunion die politische Union Europas voranzutreiben. Er fordert mehr Rechte für das Europäische Parlament und schlägt

eine zweite Regierungskonferenz zu sogenannten institutionellen Reformen vor, die zeitgleich mit den Währungsverhandlungen im Jahr 1992 abgeschlossen werden könnten.

Mitterrands Berater sind empört. Die Deutschen, so argwöhnen sie, spielen auf Zeit.

Von dem milliarden schweren Poker hinter den verschlossenen Türen der Regierungszentralen in Paris und Bonn bekommt die deutsche Öffentlichkeit so gut wie nichts mit. Ihre Aufmerksamkeit wird in diesen Tagen von ganz anderen Vorgängen gefangen genommen, denen im Osten. Im Sommer öffnet sich der ungarische Grenzzaun nach Österreich. Im Ok-

nesausbruch, der einige Stunden dauert“, wie seine Berater süffisant vermerken. Der Herr im Elysée sieht an der Ostgrenze seines Reichs eine neue Supermacht entstehen, deren Geld den Kontinent dominiert und deren politisches Gewicht die europäische Nachkriegsordnung sprengt.

Wie sehr sich der Präsident hintergangen fühlt, stellt sich kurze Zeit später heraus. Außenminister Hans-Dietrich Genscher ist in den Elysée geeilt, um Bonns neue Deutschlandpolitik zu erklären.

Es wird ein denkwürdiges Treffen. Eine Dreiviertelstunde, von 17.45 Uhr bis 18.30 Uhr, redet Mitterrand derart beschwörend auf seinen Gast ein, dass der

Protokollant, der deutsche Botschafter Franz Pfeffer, zu einem ungewöhnlichen Verfahren greift. „Wegen der Bedeutung des Gesprächs“, schreibt er in seiner Einleitung, habe er „keine inhaltlichen Zusammenziehungen vorgenommen“. Dafür würden „durch die Wiedergabe der insistierenden Wiederholungen die Hauptargumente besonders deutlich hervortreten“.

Das ist kaum untertrieben. Deutlicher als in diesem als „geheime Verschlusssache“ klassifizierten Protokoll lässt sich bislang kaum irgendwo nachlesen, wie eng Mitterrand sein Ja zur Einheit an deutsche Zugeständnisse bei der Währungsunion geknüpft hat.

„Deutschland kann nur dann auf die Wiedervereinigung hoffen“, doziert der Präsident, „wenn es in einer starken Gemeinschaft steht.“

Aber, so beklagt Mitterrand, mit dem deutschen Gemeinschaftsgeist sei es aktuell nicht weit her. „Man braucht kein Psychologe zu sein, um zu erkennen, dass die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion zurzeit bremst“, bedauert er. Alle deutschen Argumente in dieser Frage deuteten klar auf die Haltung: „Wir haben es nicht eilig.“

Mit Blick auf den anstehenden Europagipfel fordert Mitterrand Zugeständnisse – und lässt eine kaum verhüllte Drohung folgen: „Wenn Deutschland sich, um die DDR vergrößert, im europäischen Gesamtverband bewegt, wird es in der Europäischen Gemeinschaft Freunde haben“, sagt Mitterrand, „sonst nur Partner mit eigenen Reflexen.“ Entsprechend stünden die Deutschen in Straßburg „vor einer sehr wichtigen Wahl“.

Genscher versteht sofort, wie die düsteren Andeutungen gemeint sind: Mitter-



Euro-Einführung am 1. Januar 2002 in Frankfurt am Main

Frankreich hat die Atombombe, die Deutschen haben die D-Mark.

tober ziehen Hunderttausende Ostdeutsche zur Montagsdemonstration durch Leipzig. Im November fällt die Mauer.

Über Nacht rückt ein Thema auf die Tagesordnung der Weltpolitik, das den meisten Zeitgenossen noch viel utopischer anmutet als die Idee einer europäischen Gemeinschaftswährung: die deutsche Wiedervereinigung. Ende November schlägt Kohl in seiner Zehn-Punkte-Erklärung im Bundestag eine deutsch-deutsche Konföderation vor, damit „das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann“.

Die westlichen Verbündeten sind nicht eingeweiht, umso kritischer sehen sie die Pläne. Bereitet Kohl hinter ihrem Rücken einen deutschen Sonderweg vor? Will der Kanzler im Herzen Europas ein neues Großdeutschland errichten?

Als Mitterrand von Kohls Erklärung hört, kommt es zu „einem kleinen Zor-

rand droht mit einem Veto gegen die Wiedervereinigung. Käme es dazu, hätte Bonn nicht nur Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher gegen sich, die aus ihrer Abneigung gegen ein größeres Deutschland kein Hehl macht, sondern auch Mitterrand.

Der Außenminister zeigt sich einsichtig. Er habe in der Vergangenheit ja schon „eine ganze Reihe von Gesprächen mit dem Staatspräsidenten“ führen dürfen, schmeichelt er. Doch dieses Gespräch halte er „für das wichtigste“. Und dann gibt er dem Präsidenten eine nicht unerhebliche Zusage: „Es ist notwendig“, sagt Genscher, „in Straßburg eine Entscheidung über die Regierungskonferenz zur Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion zu treffen.“

Was folgt, sind tagelange Verhandlungen zwischen dem Bonner Kanzleramt und der Pariser Regierungszentrale. Briefe werden ausgetauscht und Telefonate geführt, Zeitpläne geändert und Formulierungsvorschläge debattiert. Am Ende stimmen die Deutschen zu, die geplante Konferenz wie von Paris gewünscht Ende 1990 einzusetzen. Zugleich schrauben sie ihre Forderungen für eine politische Union zurück. Zwei Tage vor dem Straßburger Gipfel signalisiert das Kanzleramt der französischen Regierungszentrale: „Es ist okay.“

So sehen es die Stäbe, aber so ist es nicht. Als Kohl und Genscher am 8. Dezember 1989 den Straßburger Konferenzsaal betreten, schlägt ihnen eine eisige Atmosphäre entgegen. Ein Regierungschef nach dem anderen wendet sich gegen Deutschlands Drang nach schneller Vereinigung (siehe Seite 39).

Nur mit Mühe gelingt es den Deutschen, ihren EG-Partnern eine mit Vorbehalten und Bedingungen gespickte Zustimmung zur deutschen Einheit abzutrotzen. Im Gegenzug wird der französische Zeitplan für die Währungsunion im Prinzip abgenickt. Von einer politischen Union ist keine Rede.

Doch Kohl ist sich noch immer nicht sicher, den französischen Präsidenten für die deutsche Einheit gewonnen zu haben. Anfang Januar treffen sich die beiden Staatsmänner auf Mitterrands Landsitz im westfranzösischen Latché. Mehrere Stunden gehen die beiden Männer an der Atlantikküste spazieren. Dann ist klar, dass sie sich über die beiden anstehenden Vereinigungsprojekte im Grundsatz einig sind. „Nach Latché hat Mitterrand der

deutschen Einheit keinen Widerstand mehr entgegengesetzt“, sagt Kohl-Berater Bitterlich.

Nun geht alles sehr schnell. Im Sommer 1990 unterzeichnen die Unterhändler von Bundesrepublik und DDR den Einigungsvertrag, am 3. Oktober treten die neuen Länder der Bundesrepublik bei. Im Dezember starten die EG-Staatschefs in Rom die Regierungskonferenz zur Europäischen Währungsunion. Als sie im Februar 1992 die Maastrichter Verträge zur Einführung des Euro unterschreiben, fühlt Genscher eine tiefe Genugtuung: „Für mich symbolisierte dieser Akt die Einlösung meiner im deutschen Vereinigungsprozess gegebenen Zusagen“,

das größere Deutschland in die europäische Gemeinschaft einzubinden.

„Möglicherweise wäre die Europäische Währungsunion gar nicht zustande gekommen ohne deutsche Einheit“, sagt der frühere Bundesbank-Chef Karl Otto Pöhl. „Kohl wusste, dass er, um die Wiedervereinigung akzeptabel zu machen, Europa voranbringen musste“, sagt der frühere Mitterrand-Berater Hubert Védrine. Und der heutige Wirtschaftsstaatssekretär Bernd Pfaffenbach, unter Kohl hochrangiger Beamter im Kanzleramt, befindet: „Zuvor war die deutsche Position, dass die politische Union der Währungsunion vorausgehen habe. Diese Position hat die deutsche Regierung im Zuge der damaligen Verhandlungen geopfert.“

Es war ein Zugeständnis von dem am Ende vor allem die beiden Regierungschefs profitierten. Indem er Deutschlands Osterweiterung zuließ, half Mitterrand, Kohl zum Kanzler der Einheit zu machen. Das wiederum verschaffte Kohl die Position, den Deutschen die Mark zu nehmen – einer der größten Triumphe in Mitterrands Amtszeit.

Vieles spricht für diese These, aber die Mitglieder der damaligen Bundesregierung sehen es bis heute anders.

Theo Waigel geht durch das holzgetäfelte Foyer des Internationalen Clubs im Berliner Westend. In der Hand trägt er einen schwarzen Business-Koffer. Waigel war Finanzminister in der Wendezeit, und er war Finanzminister, als der Euro konzipiert wurde. Es waren

große Entscheidungen, und sie waren richtig, davon ist er fest überzeugt.

Waigel muss gleich einen Vortrag vor Berliner Unternehmern halten. Er hat nicht viel Zeit. Aber es ist ihm ein Anliegen, zu jenen krausen Theorien etwas zu sagen, nach denen die Aufgabe der Mark der Preis für die Einheit gewesen sein soll. Sogar der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat ihm das mal vorgetragen, vor einigen Jahren, in einer Talkshow. Waigel hat dem Präsidenten anschließend erklärt, wie es wirklich war.

„An dieser These ist nichts dran“, sagt Waigel. „Der Euro ist genau im vorgesehenen Zeitplan gekommen.“ Aber hat die Einheit den Start des Euro nicht wesentlich befördert? Waigel wiegt den Kopf. „Vielleicht“, sagt er, „hat die Währungsunion beigetragen, Misstrauen bei den Alliierten abzubauen.“

MICHAEL SAUGA,
STEFAN SIMONS, KLAUS WIEGREFE



Nacht vom 9./10. November 1989 am Brandenburger Tor

Vor dem Mauerfall war die Währungsunion ein europäisches Projekt wie viele andere.

schreibt er in seinen Erinnerungen, „auch das vereinigte Deutschland werde die Politik der europäischen Integration entschlossen und unvermindert engagiert fortsetzen.“

War die Aufgabe der Mark also der Preis für die Einheit?

Die Frage ist schon deshalb nicht eindeutig mit ja zu beantworten, weil wichtige Entscheidungen über den Euro erst später fallen, zum Beispiel im Jahr 1992, als die Franzosen den Maastricht-Vertrag bei einem Referendum nur mit hauchdünnem Mehrheit passieren lassen.

Und doch lässt sich kaum bestreiten, dass der Sturz der ostdeutschen SED-Herrschaft das Währungsprojekt in einer entscheidenden Etappe seiner Geschichte vorangebracht hat. Vor dem Mauerfall war die Europäische Geldunion ein ambitioniertes EG-Projekt wie viele andere. Danach war es das zentrale politische In-



Berliner Grenzposten am 9. November 1989: Die Teilung schien betoniert für die Ewigkeit

SPIEGEL TV

Allein gegen alle

Als 1989 die Mauer fällt, jubeln die Deutschen in Ost und West. Doch die Großmächte sind alarmiert, wollen die Einheit verhindern oder zumindest hinauszögern. Bislang unbekannte Dokumente ermöglichen die Rekonstruktion des dramatischen Ringens hinter den Kulissen.

Sechs Wochen vor dem Fall der Mauer sitzen im Kreml zwei Menschen zusammen, die das Leben kennen. Die 63-jährige Margaret Thatcher, Tochter eines Kolonialwarenhändlers aus dem mittelenglischen Grantham, zählte einst als junge Chemikerin zu jener Truppe, die das Softeis erfand. Nach ihrer Hochzeit studierte sie Jura, wurde Poli-

tikerin und ist nun britische Premierministerin.

Ihr Gastgeber Michail Gorbatschow, knapp sechs Jahre jünger, kommt aus einer südrussischen Bauernfamilie. Er hat einst als Mähreschermechaniker gearbeitet, sich politisch engagiert und ist peu à peu in der Kommunistischen Partei aufgestiegen. Jetzt herrscht er als Chef im Kreml.

Was die zwei Politiker biografisch eint, ist die Erinnerung an den Krieg der Deutschen. Knapp zwei Dutzend Mal bombardierte die Luftwaffe Thatchers Heimatstadt, und während die Sirenen heulten, verkroch sich das Mädchen mit den Hausaufgaben unter dem Esstisch. Auch Gorbatschow hat das Grauen nie vergessen, das Verhör der Großmutter durch die Be-

satzter, die Gerüchte von Massenerschießungen, den Viehverschlag, in dem er sich versteckte.

In diesem Herbst 1989 ziehen zwei Zeitungen weiter westlich jeden Montag Tausende Menschen durch die Leipziger Innenstadt, während in Prag und Warschau über 6000 DDR-Bürger in den Botschaften der Bundesrepublik campieren, um so die Ausreise in den Westen zu erzwingen. Die Bilder gehen um die Welt, und so ist auch den Staatslenkern Thatcher und Gorbatschow klar, dass die beiden Deutschlands vor einem Umbruch stehen. Doch wer von beiden hat als Erster das heikle Thema deutsche Einheit angesprochen? Darüber werden sich ihre Mitar-

likaten Angelegenheit“ kennen würden. Er wolle die deutsche Einheit „genauso wenig wie die Briten“.

Deutlicher geht es nicht. Es ist eine Allianz gegen Deutschland.

Je weiter der Zusammenbruch der DDR in den folgenden Wochen fortschreitet, desto mehr scheint sich das Bündnis der Wiedervereinigungsgegner zu festigen. Politiker wie Diplomaten, und nicht nur jene der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, beunruhigt das Geschehen an der Nahtstelle einer in Ost und West geteilten Welt.

Nur selten geschieht das in der Öffentlichkeit wie im Fall des israelischen Ministerpräsidenten Jizchak Schamir, der

Deutschland einig Vaterland? Frühestens 1995, eher später, wenn überhaupt.

Und wie soll das überhaupt gehen? Bundesrepublik und DDR sind die wichtigsten Frontstaaten von Nato und Warschauer Pakt im Kalten Krieg. Rund 1,5 Millionen Soldaten aus neun Ländern stehen hier einander gegenüber, ausgerüstet mit Atomwaffen.

Der Zweite Weltkrieg ist offiziell nicht wirklich beendet, es fehlt ein Friedensvertrag, und die Uno-Charta erlaubt jedem Mitglied der Vereinten Nationen, zwischen Rhein und Oder einzumarschieren, sollten die Deutschen eine „aggressive Politik“ verfolgen.

Die Deutschen in Ost und West dürfen nicht ohne Zustimmung der vier Siegermächte über ihre Grenzen entscheiden, nicht gegen alliierten Willen einen einheitlichen Staat begründen, nicht ohne Placet der Sieger Berlin zur Hauptstadt machen. Die Sowjets behalten sich sogar das Recht vor, bei Bedarf die Vertretung der DDR sowohl international als auch gegenüber der Bundesrepublik zu übernehmen. Wie bei einem Vasallen.

Und will ein Bundeskanzler einem amerikanischen Präsidenten das geteilte Berlin zeigen, kann er gern mit dem US-Staatsoberhaupt in den Westteil reisen – aber als Gast des Amerikaners. Und natürlich fliegen Westdeutsche nur in Flugzeugen der Westmächte, also mit Pan Am, British Airways und Air France. Die Alliierten verbieten der Lufthansa, von Hamburg, Köln oder München an die Spree zu steuern.

So ist die Lage.

Aber nicht mehr lange, und für das, was in den dann folgenden gut 300 Tagen geschieht, haben die Deutschen bald ein Wort: „Wahnsinn“.

Die Teilung schien betonierte für die Ewigkeit, nun löst sie sich im Wochenrhythmus auf. Nie zuvor hat es in der deutschen Geschichte Vergleichbares gegeben: eine Änderung der Grenzen ohne einen einzigen Schuss und von (fast) allen Deutschen begrüßt.

Seitdem die Idee des Nationalstaats mit Napoleon über den Rhein kam, träumten hier Menschen davon, das traditionell in Hunderte von Einzelstaaten zerfallene Land zu einen und zudem noch die Demokratie zu verankern. 1990 ist es gelungen.

Das Wunder namens Einheit.

In diesem Herbst liegt das Finale der deutschen Revolution 20 Jahre zurück, und immer noch ist eine Frage nicht restlos beantwortet: Wie konnte es dazu kommen? Was geschah da auf der internationalen Bühne, als aus zwei deutschen Staaten einer wurde?

An Dokumenten besteht kein Mangel. Zahlreiche Beteiligte – von US-Präsident George Bush senior über Kohl bis zu Genscher und sogar dessen Büroleiter



AP / SUEDEDEUTSCHER VERLAG

Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags in Moskau im September 1990

Die Deutschen in Ost und West dürfen nicht ohne Zustimmung der vier Siegermächte über ihre Grenzen entscheiden.

beiter später mit Hingabe streiten. Unstrittig ist hingegen, dass sich der Kommunist und die Konservative treuherzig versichern, auf Notizen zu verzichten. Aber natürlich hält keiner der beiden sein Wort.

Und daher wissen wir heute, dass Thatcher zuerst sagt: „Ich bin entschieden gegen ein vereinigtes Deutschland.“

In Anspielung auf Frankreichs Präsidenten François Mitterrand fügt sie hinzu, sie wisse sich darin mit einem „westlichen Führer“ einig. Laut sowjetischer Mitschrift erklärt sie sogar, ganz Westeuropa stehe auf ihrer Seite. Die Nato würde zwar in ihren veröffentlichten Kommuniqués das Gegenteil behaupten, aber das möge der Gastgeber bitte „nicht ernst nehmen“.

Gorbatschow stimmt zu. Es sei gut, dass sie gesprochen hätten und jetzt beide die Ansichten des anderen in dieser „de-

sich in einem Interview zu der Aussage versteigt, ein geeintes Deutschland werde möglicherweise „erneut Millionen Juden umbringen“. Aber hinter den Türen der Konferenzen von Nato und EG lassen die Verbündeten der Bundesregierung keinen Zweifel daran, wie wenig sie davon halten, die DDR untergehen zu lassen.

Italiens Giulio Andreotti, Mitglied in 33 Regierungen und zum sechsten Mal Regierungschef, warnt vor einem neuen „Pangermanismus“, der Ministerpräsident der Niederlande Ruud Lubbers stellt sogar das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Frage, Frankreichs Mitterrand hält Europa nicht reif für eine Wiedervereinigung. Die Atmosphäre bei den Kollegen sei „eisig“ gewesen, berichtet später Kanzler Helmut Kohl, der das nie vergessen hat. Und natürlich sind auch die Polen nicht glücklich.

Frank Elbe – haben Erinnerungen veröffentlicht oder sich in Interviews ausführlich geäußert. Es liegen zudem umfangreiche offizielle und halboffizielle Akteneditionen vor, darunter die vor einigen Monaten erschienene, spektakuläre Dokumentenauswahl des britischen Außenministeriums*.

Doch nie hat einer der Big Player seine Papiere ungefiltert zugänglich gemacht, nicht die Briten, nicht die Amerikaner, nicht die Franzosen, nicht die Sowjets.

Umso ungewöhnlicher ist das Vorgehen des Auswärtigen Amtes, das im vergangenen Jahr noch unter dem damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) begonnen hat, seine Unterlagen zur deutschen Einheit 1989/90 zu öffnen. Der SPIEGEL hatte den entsprechenden Antrag gestellt und konnte die vorliegenden Dokumente sichten.

Es sind Zigtausende Seiten bislang unbekannter Quellen: Vermerke der Gespräche, die der seinerzeitige Amtschef Hans-Dietrich Genscher mit den Großen dieser Welt geführt hat, Analysen der Botschaften in Washington, Paris, London oder Moskau, Aufzeichnungen geheimer Nato-Beratungen, Protokolle der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, bei denen Bonn und Ost-Berlin mit den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs über die Souveränität des neuen Deutschlands verhandelten.

Mancher Zeitzeuge gewährte zudem dem SPIEGEL Einblick in private Unterlagen, die sich nicht im offiziellen Archiv des Berliner Außenamts befinden.

Mit Hilfe dieser Dokumente und Gespräche mit vielen Beteiligten, lässt sich das diplomatische Ringen nach dem Mauerfall präziser denn je analysieren. Es war ein dramatisches Tauziehen, ganz in der Tradition europäischer Diplomatie, über die einst der britische Premier Lord Palmerston urteilte, Staaten hätten keine Freunde, sondern nur Interessen.

Frankreichs Mitterrand warnte die Deutschen vor Thatcher, und er warnte Thatcher vor den Deutschen. Die konservative Britin wiederum verabscheute die sowjetische Diktatur, doch Moskaus Truppen sollten möglichst lange in Ostdeutschland bleiben – „vielleicht brauchen wir eines Tages die Sowjetunion, um ein vereintes Deutschland in Schach zu halten“.

Auch die Amerikaner verfolgten mit kaltem Blick ihre Interessen und favorisierten dafür ein geeintes Deutschland in der Nato, was sie offen aussprachen. Als der Bonner Nato-Botschafter nachfragte, wie das zu deuten sei, entgegnete ein US-Kollege, die Forderung enthalte „ein Element der Warnung“ an alle Deutschen,

die eine Neutralität ihres Landes befürworteten.

Freilich tricksten auch die Diplomaten des Auswärtigen Amtes. Am 9. April 1990 erklärte ein Bonner Vertreter in Moskau, man strebe Sicherheit nicht zu Lasten der Sowjetunion an und „eine wichtige Konsequenz sei – mit Zustimmung aller Nato-Partner – bereits gezogen worden, nämlich keine ‚Grenzverschiebung‘ der Nato nach Osten“. Von einem solchen Konsens konnte im westlichen Bündnis keine Rede sein.

Beteiligt waren an dem „Großen Spiel“ Hunderte Politiker, Diplomaten, Militärs, Völkerrechtler, Geheimdienstler, Beamte, allen voran die Chefs und ihre

London's Außenminister Hurd hat nachgezählt: Er sah Genscher wie Dumas in der ersten Hälfte 1990 im Schnitt einmal pro Woche.

Der deutsche Außenminister riskierte sogar sein Leben für die Einheit, auch das geht aus den Akten hervor. Schon vor dem Mauerfall hatte Kohl den Amerikanern erzählt, er fürchte, der herzkranke Liberale werde vor der nächsten Bundestagswahl sterben. Tatsächlich hatte Genscher bei Reisen mit Herzrhythmusstörungen zu kämpfen. Einmal musste er sogar Verhandlungen unterbrechen, eine Bundeswehrärztin behandelte ihn in einem Nebenzimmer. Es waren dramatische Tage.



Jubelnde Menge beim Kanzler-Besuch in Dresden am 19. Dezember 1989

Bessere Verbündete als die friedfertigen Ostdeutschen können sich Kohl und Genscher nicht wünschen.

Außenminister: Kohl und Genscher, Bush und James Baker, Gorbatschow und Eduard Schewardnadse, Thatcher und Douglas Hurd, Mitterrand und Roland Dumas, für einige Zeit zudem der letzte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière und sein Außenminister Markus Meckel.

Zugleich tauchten auch junge Diplomaten auf, die dann Karriere machten wie die Sowjetunion-Expertin Condoleezza Rice, später US-Außenministerin, oder der US-Experte Robert Zoellick, heute Präsident der Weltbank.

Man muss sich das Geschehen wie eine mehrmonatige, weltumspannende Deutschland-Konferenz vorstellen. Es gab Tage wie den 13. Februar 1990, an dem der amerikanische Chefdiplomat Baker je fünfmal mit Genscher und Schewardnadse verhandelte, dazu noch mit dem britischen und französischen Kollegen.

Der große Poker um Deutschland beginnt am Morgen des 21. November 1989, einem nasskalten Dienstag mit einem Spielzug der Sowjets. Nikolai Portugalow hat an diesem Tag einen Termin im Kanzleramt bei Kohls außenpolitischem Berater Horst Teltschik. Portugalow berät das sowjetische Zentralkomitee in deutschlandpolitischen Fragen und überbringt immer wieder diskret Botschaften des Kreml.

Der Kettenraucher mit der großen Brille trägt auch dieses Mal einen Vermerk bei sich, sieben Seiten lang und handgeschrieben. Portugalow hat darauf „Tipps“ für Kanzler Kohl notiert, verbunden mit dem Zusatz „vor sich laut gedacht und völlig unverbindlich, versteht sich“.

Die Mauer ist bereits gefallen. Aber noch regiert in Ost-Berlin Egon Krenz, ein Apparatschik aus der Honecker-Riege, noch steht in der DDR-Verfas-

* „Documents on British Policy Overseas, Series III, Volume VII. German Unification 1989–1990“. Routledge Verlag, London; 522 Seiten.

Der Weg zur Einheit

9. November 1989

Fall der Mauer

13. November

Hans Modrow wird DDR-Ministerpräsident und löst bald Egon Krenz als einflussreichsten Politiker ab.

28. November

Bundeskanzler Helmut Kohl präsentiert im Bundestag das „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“.

16. Dezember

Die SED gibt sich den Namenszusatz PDS. Von den einst 2,3 Millionen Mitgliedern verlässt bis Ende Januar 1990 mehr als die Hälfte die Partei.

19. Dezember

Kohl spricht in Dresden vor Zehntausenden, die schwarz-rot-goldene Fahnen schwenken und „Wir sind ein Volk“ rufen.

13. Februar 1990

Der DDR droht der Kollaps, im Februar verlassen 73 000 Menschen das Land. Kohl und Modrow verabreden Verhandlungen über eine Wirtschafts- und Währungsunion.

14. März

Erstes von insgesamt acht Beamtentreffen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen. Von Mai bis September tagen zudem viermal die Außenminister.

18. März

Erste freie Volkskammerwahl: Die CDU-geführte „Allianz für Deutschland“ gewinnt mit 48 Prozent der Stimmen. Die PDS kommt nur auf 16 Prozent – ein Votum für eine Wiedervereinigung.

12. April

Lothar de Maizière (CDU) bildet eine Große Koalition und wird DDR-Ministerpräsident. Er will mit Bonn über einen zügigen Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes verhandeln.

sung, dass allein die SED das Sagen hat, noch fordern Demonstranten eine Reform der DDR – und nicht ihre Abschaffung.

Portugalow behauptet später, es sei darum gegangen, „den unvermeidlichen Prozess zu unseren Gunsten zu kanalisieren“. Vielleicht will er auch nur in bester KGB-Tradition ein wenig Zwietracht im Westen säen. So lesen sich zumindest seine Aufzeichnungen, und Portugalow steht als Offizier im besonderen Einsatz auf der Gehaltsliste des KGB.

Die Bundesregierung habe ja eine „sehr langfristige Planung zur Lösung der deutschen Frage“, da möge sie doch über einen Austritt aus der Nato nachdenken, am liebsten öffentlich. Und natürlich müssten alle westlichen Atomwaffen aus der Bundesrepublik abgezogen werden. Sonst sei eine „wie immer geartete deutsche Konföderation“ nicht drin.

Pech für Portugalow, dass Horst Teltschik den Besuch fehldeutet. Kohls außenpolitischer Berater ist „elektrisiert“ und glaubt, gut zwei Wochen nach dem Mauerfall denke die sowjetische Führung schon über die Einheit nach. So erzählt es Teltschik auch dem Kanzler.

Damit die Abende in dem ungemütlichen Kanzler-Bungalow nicht zu einsam werden, versammelt Helmut Kohl gern Mitarbeiter und Minister um den großen runden Tisch im Speisezimmer. So auch einige Tage nach Portugalows Besuch.

Die Stimmung ist schlecht, denn gut ein Jahr vor den Bundestagswahlen sind die Umfrageergebnisse im Keller. Da schlägt Teltschik mit Verweis auf Portugalow vor, der Kanzler möge mit einem Deutschland-Plan „die Meinungsführerschaft im Hinblick auf die Wiedervereinigung“ übernehmen.

Eine gute Idee, findet Kohl.

Teltschik erzählt später seinem britischen Kollegen, dass es vor allem darum ging, Genscher auszustechen. Kohl und Genscher, beides 1,90-Meter-Männer, duzen sich und galten einmal als Freunde. Inzwischen belauern sie einander, und Kohl fürchtet, der beliebte Genscher könne ihn beim Kampf um den Platz in den Geschichtsbüchern abhängen, wenn jetzt das Thema Einheit Fahrt aufnimmt.

Der Außenminister wird denn auch nicht informiert, als Kohl am Wochenende aus diversen Vorlagen den berühmten Zehn-Punkte-Plan zur „Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands“ zusammendiktiert. Ehefrau Hannelore tippt den Text auf ihrer Olympia-Reiseschreibmaschine, auf der sie schon die Doktorarbeit des Gatten geschrieben hat. Kohl will den Plan im Bundestag vortragen.

Das Kalkül geht auf. Die Rede, gehalten am 28. November, erzeugt ein gewaltiges Echo; seit Jahrzehnten hat sich kein Kanzler getraut, auch nur den Eindruck zu erwecken, die Einheit komme noch in laufenden Jahrtausend.

Im großen Deutschland-Spiel bringt Kohls Vorstoß allerdings nur Ärger, und zwar mit fast allen Spielern. Gerade einmal drei Wochen liegt der Mauerfall zurück. Hatte der Kanzler nicht danach versichert, Stabilität sei oberste Politikerpflicht, nie werde Bonn einen Alleingang wagen?

Von wegen. Keiner wird konsultiert, keiner rechtzeitig informiert.

Die Deutschen benähmen sich „mit wachsender Arroganz“, schimpft Frankreichs Außenminister Roland Dumas, dessen Vater den Widerstand gegen die Nazis einst mit dem Tode bezahlte.

Anfang Dezember sitzen die europäischen Staats- und Regierungschefs beim EG-Gipfel im Straßburger Kongresspalast zusammen, einem Betonkasten aus den siebziger Jahren, und wie Kohl in seinen Erinnerungen berichtet, habe er diesen Kreis nie zuvor oder danach in „einer so angespannten und unfreundlichen Atmosphäre“ erlebt.

Eine bemerkenswerte Runde: mit Andreotti, dessen Verbindungen zur Mafia ungeklärt sind, mit Lubbers, der später nach Vorwürfen sexueller Belästigung



DDR-Ministerpräsident Modrow empfängt Frankreichs Präsidenten Mitterrand in Ost-Berlin

Die Antwort der Nachbarn

18. November 1989

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher erklärt beim Sondergipfel der EG-Staats- und Regierungschefs, die Frage der Grenzen stehe nicht auf der Tagesordnung.

4. Dezember

US-Präsident George Bush sen. unterstützt das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen unter der Maßgabe, dass ein geeintes Deutschland Nato-Mitglied bleibt.

8./9. Dezember

Beim Europäischen Rat in Straßburg kritisiert Thatcher das Zehn-Punkte-Programm. Die meisten Verbündeten fürchten die Einheit.

11. Dezember

Die Botschafter der Siegermächte tagen demonstrativ im Alliierten Kontrollratsgebäude in Berlin.

20. bis 22. Dezember

Frankreichs Präsident François Mitterrand besucht erstmals die DDR und will „den gleichen Typ Beziehungen“ wie zu Bonn etablieren.

10. Februar 1990

Kreml-Chef Michail Gorbatschow erklärt gegenüber Kohl in Moskau, die Deutschen „müssen selbst wissen, welchen Weg sie gehen wollen“. Ähnlich hatte er sich zuvor gegenüber Modrow geäußert.

1. Juli

Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion tritt in Kraft, die D-Mark wird Zahlungsmittel in der DDR. Infolgedessen bricht die Industrieproduktion ein. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter übersteigt bald die Zwei-Millionen-Grenze.

22./23. August

Die Volkskammer beschließt in einer Nachtsitzung den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zum 3. Oktober.

31. August

Bonn Innenminister Wolfgang Schäuble und Ost-Berlins Staatssekretär Günther Krause unterzeichnen den „Vertrag über die Herstellung der Einheit



Unterzeichnung des Einheitsvertrags: Innenminister Schäuble (BRD) und Staatssekretär Krause (DDR)

Deutschlands“, der die bundesdeutsche Rechtsordnung auf das Beitrittsgebiet überträgt.

12. September

Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags in Moskau. Da er erst nach Ratifizierung durch alle Beteiligten in Kraft tritt, suspendieren die Siegermächte ihre Rechte, so dass Deutschland bereits am 3. Oktober souverän ist.

3. Oktober

„Tag der Deutschen Einheit“

aus der Uno ausscheidet, mit dem unurchsichtigen Mitterrand, der politische Gegner vom Geheimdienst bespitzeln lässt.

Natürlich fürchten sie alle eine Wiederverkehr der Geschichte. Aber sie sorgen sich auch um die Wirtschaftskraft eines geeinten Deutschlands, weil sie wie viele Beobachter glauben, die ostdeutsche Wirtschaft sei ein Rohdiamant, der bei westlicher Pflege bald hell strahlen werde.

Gleich in der ersten Sitzung startet Thatcher die Attacke. „Zweimal haben wir die Deutschen geschlagen! Jetzt sind sie wieder da!“, faucht sie.

Zwar hatten Bonns westliche Verbündete über Jahrzehnte hinweg erklärt, sie würden eine Wiedervereinigung begrüßen. Das habe man aber nur getan, argumentiert Thatcher, weil man geglaubt habe, dazu werde es nie kommen. Diese Position ist nicht zu halten.

Allerdings hat sich auch Kohl angreifbar gemacht. Er will die Vertriebenen-Lobby nicht verprellen und hat im Zehn-Punkte-Plan das Thema deutsche Ostgrenze ausgeklammert. Thatcher verlangt – unterstützt von den anderen – ein Bekenntnis Bonns zu den bestehenden Grenzen, und Kohl vermutet zu Recht, dass sie damit auch die Mauer meint. „Nein, ich garantiere nichts, ich erkenne die gegenwärtigen Grenzen nicht an“, giftet er nach dem Abendessen.

Die ganze Nacht feilschen Genscher und Dumas um Formulierungen für ein

Kommuniqué. Dabei wird deutlich, dass Kohl die erste Runde verloren hat. Bonn steht allein.

Thatcher und Mitterrand treffen sich in Straßburg sogar heimlich. Es geht um die Deutschen, ein Volk, dem der französische Staatspräsident bescheinigt, es habe „niemals seine wahren Grenzen gefunden“. Thatcher zieht aus ihrer schwarzen Ferragamo-Handtasche eine Landkarte, auf der die deutschen Grenzen im Laufe der Jahrhunderte eingezeichnet sind.

Die beiden sind sich einig: „Es ist Zeit, etwas zu unternehmen.“

Aber was? Ist die DDR überhaupt zu retten? Können Mitterrand und Thatcher den Lauf der Geschichte aufhalten oder zumindest verzögern?

In Ost-Berlin regiert inzwischen Hans Modrow, ein Reformler, dessen SED freilich die Mitglieder davonlaufen. Denn die Ostdeutschen entdecken nach und nach die Wahrheit: Dass die SED-Greiskargen Sozialismus predigten und selbst im Westen Miele-Waschmaschinen orderten; dass die Stasi vor keiner Skrupellosigkeit haltmachte, dass die Kassen leer sind.

Ende November 1989 demonstrieren die Ersten für die Einheit („Wir sind ein Volk“).

Da wollen die Siegermächte auch demonstrieren – und zwar ihre Macht.

Am besten geht das im Kammergericht im romantischen Heinrich-von-Kleist-

Park in West-Berlin. Bis der Kalte Krieg die Alliierten auseinandertrieb, tagte hier der Alliierte Kontrollrat, der 1945 die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernahm.

Am 11. Dezember 1989 kommen Briten, Franzosen, Sowjets und Amerikaner nun wieder zusammen, zwar nur auf Botschaferebene, und angeblich wollen sie nur die Lage in Berlin besprechen. Natürlich geht das Foto der vier Männer um die Welt, und alle verstehen: Die Hitler-Besieger können auch anders.

Verärgert stellt Genscher wenige Tage später die westlichen Kollegen zur Rede. Über Berlin-Probleme könnten sie gern mit den Russen diskutieren, aber nicht über die Einheit: „Eine solche Entwicklung werden wir auf keinen Fall akzeptieren.“

US-Kollege Baker legt Genscher die Hand auf den Arm: „Hans-Dietrich, wir haben dich verstanden.“

Wirklich?

Kurz vor Weihnachten vereinbart Kohl mit Modrow den Ausbau des deutsch-deutschen Flugverkehrs. Da interveniert ein US-Gesandter offiziell im Kanzleramt; innerdeutscher Luftverkehr sei Sache der Alliierten. Der gescholtene deutsche Beamte notiert, die Ansprache des großen Bruders sei „quite tough“, also ziemlich hart gewesen: „Rüge wegen fehlender Konsultationen“.

Wenig später knallt es dann richtig. In Washington treffen sich hohe Beamte

12. bis 14. Februar

Am Rande einer Konferenz in Ottawa akzeptieren die vier Siegermächte den Vorstoß von Bundesrepublik und DDR, die äußeren Aspekte der Einheit zu sechst zu verhandeln. Andere Teilnehmerstaaten sind empört.

4. Mai

Der sowjetische Außenminister Schewardnadse bittet erstmals Bonn um Kreditbürgschaften – der Sowjetunion droht die Zahlungsfähigkeit.

30. Mai bis 3. Juni

Bei einem Besuch in Washington erklärt Gorbatschow, die Deutschen könnten ihr Bündnis selbst wählen.

5./6. Juli

Nato-Gipfel in London: Das Bündnis kündigt eine Revision seiner Militärstrategie an und schlägt umfangreiche Abrüstungsverhandlungen vor.

15./16. Juli

Beim deutsch-sowjetischen Gipfel in Moskau und im Kaukasus sagt Gorbatschow einen baldigen Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR zu.

9. und 12. Oktober

Zwei Verträge mit der Sowjetunion regeln den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR und die Übernahme der Kosten durch Bonn.

14. November

Der deutsch-polnische Grenzvertrag schreibt die Oder-Neiße-Linie fest.

der Außenministerien von Bonn, Paris, Washington und London. Von deutscher Seite nimmt der Westfale Dieter Kastrup teil.

Der Karrierediplomat empört sich noch heute über die „erheblichen Tendenzen“ der Siegermächte, ohne die Deutschen über die Deutschen zu sprechen.

Kastrup verfasst nach dem Treffen einen Vermerk, der „geheim“ gestempelt wird. Dem Papier zufolge plädiert der US-Vertreter genauso wie Briten und Franzosen „für Erhaltung der Vier-Mächte-Verantwortung“, denn man wisse nicht, was in der DDR passiere, und da sei der Vier-Mächte-Mechanismus „potentiell politisch nützlich“.

Kastrup hält dagegen: „Es geht nicht an, dass im Jahr 1990 die Alliierten sich zusammensetzen und für uns entscheiden. Wir besitzen ein legitimes Recht, am Spiel teilzunehmen.“

Immerhin sind den Amerikanern die historisch bedingten Ängste der europäischen Nachbarn fremd. US-Präsident Bush gilt als Pragmatiker und sagt selbst, er habe damals keinen festen Standpunkt gehabt, sondern sei seinen Beratern gefolgt. Der wichtigste – Sicherheitsberater Brent Scowcroft – gibt sich mit dem Status quo zunächst zufrieden: „Was lässt sich gegen die Teilung Deutschlands sagen, solange die Situation stabil ist?“

Bush stellt Anfang Dezember 1989 die höchste Hürde auf. Amerika werde der Einheit nur zustimmen, wenn Gesamtdeutschland zur Nato komme. Britische Diplomaten rätseln, ob das ein Trick sei, um „Deutschland einig Vaterland“ ins 21. Jahrhundert zu verschieben.

Dennoch stimmt Kohl zu. Er ist Anhänger einer Dominotheorie: Wird Deutschland neutral, zerfällt die Nato. Ohne den Nordatlantikpakt würden die Amerikaner aus Europa verschwinden, und die Atommächte Frankreich und Großbritannien sich daraufhin enger zusammenschließen. Das kann kein Kanzler wünschen.

Doch wenn Kohl die Nato-Mitgliedschaft liefert, wird Bush zu seinem Wort stehen. Und der amerikanische Einfluss in Europa zunehmen.

Nur: Wie kann man Gorbatschow dazu bekommen, die Einheit zu akzeptieren und dann auch noch die Nato-Mitgliedschaft zu schlucken? Noch stehen seine Truppen in der DDR, die nach wie vor dem Warschauer Pakt angehört, noch glaubt Gorbatschow ernsthaft, eine aus

der SED hervorgehende Linkspartei könne die DDR retten.

So steht es also Anfang 1990: Die Europäer sind dagegen, die Amerikaner verlangen (beinahe) Unmögliches, die Sowjets blockieren.

„Wir haben damals pausenlos überlegt, mit welchen Maßnahmen, Vorschlägen wir Gorbatschow über die Hürden bringen können“, sagt Teltschik heute. Die Suche nach Kompromissen gestaltet sich auch deshalb schwierig, weil der sowjetische Generalsekretär Kohl dessen Zehn-Punkte-Plan übelnimmt.

Ausgerechnet Genscher bekommt den Ärger zu spüren, bei einem Moskau-Besuch noch im Dezember 1989. Kohl be-

gar gefechtsbereit, als Demonstranten wenige Kilometer entfernt die Stasi-Zentrale stürmen.

Doch niemand von ihnen schießt, niemand baut Barrikaden, niemand wirft einen Stein. Kommen die Volkspolizisten, rufen die Demonstranten: „Keine Gewalt.“ Und ein bisschen drängeln wird man ja wohl dürfen.

Bessere Verbündete als die friedfertigen Ostdeutschen können sich Kohl und Genscher nicht wünschen. Es sind die kleinen Leute aus Cottbus, Güstrow oder Leipzig, die die Mächtigen dieser Welt unter Druck setzen.

Ende Januar 1990 verlassen täglich 2000 Ostdeutsche den Arbeiter-und-Bauern-Staat, vor allem die Jungen, die Klugen, die Leistungsstarken. Sie haben genug von den halbherzigen Reformen Modrows, seinem Gekungel mit der Stasi, dem Getrickse, um der zur SED-PDS gewandelten ehemaligen Staatspartei zumindest Teile der Macht zu sichern.

Und da in der Planwirtschaft auch sonst niemand mehr macht, was geplant ist, sondern alle, was sie wollen, droht der DDR der Kollaps.

Ein willkommener Trumpf für Bonn, denn die anderen Big Player fürchten nichts so sehr wie Unruhen in Deutschland. Seit 1933 weiß jeder, was daraus werden kann.

Genscher vermag auf dieser Klaviatur glänzend zu spielen. Stets schildert er seinen Kollegen die Lage in Deutschland als „äußerst stabil“, immer steht mindestens das „Chaos“ bevor. Und immer kennt er nur einen Ausweg: die Einheit.

Düster raunt dann der Hallenser, noch sei „keine nationalistische Stimmung aufgekomen“, wenn jedoch „der Eindruck entsteht, dass über unsere Köpfe hinweg das deutsche Schicksal verhandelt wird, kann es rasch zu einem Stimmungsumschwung kommen“.

So etwas will niemand, und es hilft, dass im Ausland die bescheidenen Wahlerfolge der rechten Republikaner bei den Europawahlen 1989 durch eine ganz dicke Lupe betrachtet werden.

Selbstverständlich könnte der Kanzler mit einer kräftigen Dosis D-Mark die Situation in der DDR zumindest vorübergehend stabilisieren, aber warum sollte er? Modrow muss schließlich Verhandlungen über eine Wirtschafts- und Währungsunion zustimmen.

Nun werden auch die bis dahin so coolen Amerikaner unruhig. Die Deutschen wollten die Einheit am liebsten unter sich



Gorbatschow und Honecker 1989

Manche Hardliner im Kreml und in der SED hoffen wohl wirklich auf eine Eskalation.

treibe „Politik ohne Kopf“, benehme sich „wie ein Elefant im Porzellanladen“, der Zehn-Punkte-Plan sei „waschechter Revanchismus“. So schimpft Gorbatschow laut Gesprächsvermerk.

Danach herrscht wochenlang Funkstille.

Teltschik berichtet, er habe später mit Schewardnase über diese Wochen gesprochen. Was denn da in Moskau los gewesen sei? Antwort Schewardnades: Gorbatschow sei bedrängt worden, mit den sowjetischen Truppen in der DDR einzugreifen.

Das wäre das Ende des Spiels gewesen. Manche Hardliner im Kreml und in der SED hoffen wohl wirklich auf eine Eskalation der Lage, was eine Intervention der sowjetischen Truppen rechtfertigen würde. Nach Recherchen des Politologen Rafael Biermann macht sich ein sowjetisches Panzerregiment im Januar 1990 so-

ausmachen, sagt Außenminister Baker, „das läuft nicht“.

Eine Nachricht wühlt Washington in diesen Tagen zusätzlich auf: Ausgerechnet der Nato-Kritiker Oskar Lafontaine ist auf dem Weg, SPD-Kanzlerkandidat zu werden. O-Ton Bush: „Alles, was ich über Herrn Lafontaine höre, macht mir Sorge.“

Nicht einmal jeder fünfte Westdeutsche befürwortet die Nato-Mitgliedschaft eines geeinten Deutschlands, und die Amerikaner fürchten einen Prozess, an dessen Ende der Rückzug der USA aus Europa stehen könnte. Dann lieber den treuen Kohl mit allen Mitteln unterstützen.

Und es ist ja auch die unbestrittene Leistung Kohls, dass er Kurs hält, dass er sich von Gorbatschows Blockade nicht beeindrucken lässt, dass er Washingtons Unterstützung gegen die Europäer sichert.

Bald notiert Genschers Mann Kastrup: „Die USA nehmen eine außerordentlich hilfreiche und konstruktive Haltung ein. Sie messen bei Entwicklung ihrer eigenen Positionen unseren Auffassungen große Bedeutung zu.“

Die Pockerpartie nimmt ihre erste Wendung.

Als sich Thatcher und Mitterrand am 20. Januar beraten, jammern sie zwar, ein geeintes Deutschland werde sicher Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei dominieren, und „für uns bleiben nur noch Rumänien und Bulgarien übrig“.

Doch auch sie räumen ein, dass nur noch Gewalt die Einheit aufhalten könne, und das wollen nicht einmal die beiden Anti-Germanen: „Niemand von uns wird Deutschland den Krieg erklären.“

Mitterrand weiß immerhin, was er für Frankreich herausholen will. Er verlangt von Kohl, den Euro früher und zu anderen Konditionen einzuführen, als es der Kanzler wünscht.

Die europakritische Thatcher verfügt nicht über diese Option. Außer schlechter Stimmung trägt sie fortan wenig zum Spiel bei.

Nun ist Gorbatschow am Zug. Am 25. Januar versammelt der Generalsekretär in seinem Arbeitszimmer im sechsten Stock des ZK-Gebäudes die Entscheider aus Partei und Außenministerium, dem KGB, den Streitkräften, der Regierung. Sie sitzen ziemlich ratlos beieinander. „Es gibt keine einflussreichen Kräfte mehr in der DDR“, klagt Gorbatschow.

Er müsste der DDR mit Devisen helfen, aber die fehlen ihm ja selbst, weil die Wirtschaftsreformen der Perestrojka keine Resultate zeigen. In der Vorwoche hat die sowjetische Außenhandelsbank die Zahlungen an Westfirmen für Importe teilweise einstellen müssen.

Wie alle Politiker schiebt Gorbatschow unangenehme Entscheidungen lieber auf. „Ich würde darauf setzen, möglichst viel

Zeit zu gewinnen. Das Wichtigste wäre jetzt, wie auch immer das Endziel heißen mag – meinetwegen auch Wiedervereinigung –, dass der Vorgang zeitlich in die Länge gezogen wird.“

Damit geht die Runde auseinander.

Mitte Februar fliegt Kohl zum ersten Moskau-Besuch nach dem Mauerfall, und Gorbatschow gibt seinen größten Trumpf gleich in der ersten Gesprächsrunde aus der Hand. Einfach so. „Die Deutschen müssen selbst wissen, welchen Weg sie gehen wollen“, erklärt er dem Kanzler.

Protokollant Teltschik „fliegt die Hand, um jedes Wort präzise aufzuschreiben“. Innerlich jubelt er.

Alliierter Vorbehalt

Deutschland und Berlin 1989/1990

Berliner Sektoren

- amerikanisch
- britisch
- französisch
- sowjetisch



Wenn Gorbatschow damals 100 Milliarden Mark von uns für die Einheit verlangt hätte, hätten wir die natürlich gezahlt, sagt Teltschik heute.

Und warum verlangt Gorbatschow das nicht?

Weil er Moralist ist und von einer besseren Welt träumt, in der man den Deutschen nicht verkauft, was ihnen zusteht? Oder naiv, wie ihm heute viele in Russland vorwerfen? Oder hat er einfach den Kopf nicht frei?

Gorbatschow, beobachtet Genscher seinerzeit, „kümmert sich immer nur um das, was gerade aktuell ist“.

Und aktuell brodelte es überall in der Sowjetunion, deren Völker nach Unabhängigkeit streben. O-Ton Gorbatschow aus jenen Tagen: „Was soll ich nur tun? Aserbaidschan und Litauen, Radikalreformer einerseits, Sozialdemokraten andererseits, und die Schläge werden immer schmerzhafter, die Wirtschaft treibt vor sich hin, das Volk ist an der Grenze seiner Kraft.“

Eine Strategie für das Deutschland-Spiel haben die Sowjets im Winter 1990 jedenfalls nicht. Und Genscher nutzt das Vakuum. Noch sind die wesentlichen Fragen offen: Wer darf beim Endspiel um die Grenzen des geeinten Deutschlands entscheiden, über die Mitgliedschaft in der Nato, über die Frage, ob und wann das Land souverän wird?

Die große Option: Eine Friedenskonferenz mit allen 53 Kriegsgegnern von 1945, also auch Uruguay, Saudi-Arabien, dem Libanon. Für die Deutschen ein Alptraum, denn viele Teilnehmer würden Reparationen verlangen. Sehr teuer und sehr langwierig.

Zum Glück sind die Alliierten dagegen, weil in einer solchen Runde selbst sie nicht mehr so wichtig wären.

Dann die kleine Option: eine Viermächtekonferenz mit den Deutschen als Juniorpartner am Katzentisch. So etwas hat schon einmal im Jahr 1955 stattgefunden. Doch Genscher droht: „Ich werde als deutscher Außenminister bei einer solchen Konferenz nicht erscheinen“, schließlich habe „jedes Volk seine Würde“.

Er dreht die Formel um, nicht vier Sieger plus zwei Besiegte, sondern Bonn und Ost-Berlin plus die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs. Und zwar so schnell es geht: „Eile ist geboten, weil der Kreis derer, die mitreden wollen, ständig wächst.“

Der Zufall will es, dass eine große Ost-West-Konferenz im kanadischen Ottawa ansteht, und alle 23 Außenminister der Nato und des Warschauer Pakts fliegen hin.

Genscher lädt die Westkollegen zum Frühstück in die tiefverschneite deutsche Botschaft. Sie sind sich einig: baldige Verhandlungen in einer gleichberechtigten Sechser-Runde.

Genscher und Baker übernehmen es, Schewardnadse zu bearbeiten. Der Georgier ist übermüdet und „nicht so begeistert, dass wir an dieser Stelle Druck machen, dem ging das alles zu schnell“, erinnert Genschers Büroleiter Elbe. Immer wieder telefoniert Schewardnadse mit Moskau, sogar in Anwesenheit der Deutschen, was diesen freilich nichts nutzt, weil sie kein Russisch verstehen. Schließlich stimmt er zu, wohl in der Annahme, dass die Verhandlungen sich jahrelang hinziehen werden.

Er ahnt nicht, dass Genscher darauf setzt, die Einheit bis zum Herbst 1990 vollenden zu können.

Gemeinsam treten die Außenminister der Zwei-plus-Vier-Länder, darunter auch Modrows DDR-Vertreter, für ein Foto vor die Presse.

Da bekommt Elbe den Anruf eines amerikanischen Kollegen, Genscher möge sofort kommen, es gebe Ärger im

Nato-Caucus, wie der Kreis der Nato-Vertreter genannt wird.

Die Verbündeten haben brav auf der Konferenz herumgesessen und erfahren nun, dass hinter ihrem Rücken Zwei-plus-Vier-Verhandlungen beschlossen worden sind. Sie sind außer sich.

Vorneweg der niederländische Außenminister Hans van den Broek, dann auch die Italiener, die Belgier, die Luxemburger.

Man kann sie verstehen. Das Nato-Gebiet, das zu schützen sich die Allianz-Mitglieder verpflichtet haben, wird möglicherweise infolge der Einheit größer, aber niemand fragt sie um ihre Meinung. Die Spanier behaupten später sogar, es sei eine Zustimmung der anderen Nato-Mitglieder zur Erweiterung des Nato-Territoriums erforderlich.

Zudem wissen alle: Ist Deutschland erst geeint, verlieren sie an Bedeutung.

Italiens Gianni De Michelis, ein fülliger Venezianer, der später wegen Korruption verurteilt wird, mosert: Es „geht um die Sicherheit Deutschlands und Europas, und das sind Fragen, die in der Allianz behandelt werden müssen“. Dem Vermerk zufolge behauptet er sogar, Italiens Sicherheit werde berührt – als ob ein Marsch deutscher Truppen über die Alpen bevorsteht.

Die größte Gefahr droht von dem Vorstoß des Niederländers van den Broek, der am liebsten die Vereinbarung „Zwei-plus-Vier“ neu verhandeln will, damit auch Den Haag mitreden darf.

Gerade rechtzeitig trifft Genscher im Caucus ein. Als de Michelis erneut ansetzt, weist der Deutsche ihn zurecht: „You are not part of the game.“ Ihr seid nicht Teil des Spiels.

So steht es wörtlich im Vermerk des Auswärtigen Amts.

„Das ist das einzige Mal, dass ich erlebt habe, dass Genscher jemanden offen angegangen ist“, sagt Elbe heute.

Immerhin ist danach Ruhe.

Und US-Außenminister Baker blickt voll Sorge in die Zukunft. Wenn schon die Frage, wer verhandeln darf, solchen Ärger aufwirft, wie soll es erst werden, wenn es um wirklich Wichtiges geht.

Baker will darüber mit Genscher sprechen. Aber kann man dem Hallenser trauen?

Es geht das Gerücht um, der FDP-Mann sei ein Mann des Ostens, mit Anbindung an KGB oder Stasi. Konservative US-Politiker und Diplomaten streuen es,

und manche in der CDU/CSU verbreiten den Verdacht. Sogar Kohl überkommen nach Angaben eines engen Mitarbeiters Zweifel.

Die US-Dienste haben den 1952 aus Halle geflohenen Genscher schon länger im Visier, weil dieser seine Heimat besuchte, obwohl er einst als Innenminister für den Verfassungsschutz zuständig war. Genscher sei der einzige Sicherheitsminister aus dem Westen gewesen, der regelmäßig privat in den Osten fuhr, begründet ein ehemaliger US-Geheimdienstchef das Misstrauen.

Und so richtig verdächtig finden manche Amerikaner die teils stundenlangen Treffen Genschers mit Schewardnadse im

schik damals vorenthaltenen und jetzt zugänglichen Papiere belegen, deutet Genscher gegenüber Schewardnadse immer wieder Kompromissbereitschaft an, auch in der Architektur der Nato. Die Bündnisse könnten „unter Umständen in neuen Strukturen aufgehen“, lockt Genscher.

Ist die Mitgliedschaft eines geeinten Deutschlands in der Nato für die Sowjets unannehmbar? Dann müsse man darauf verzichten, die „Nato auf das Territorium der DDR“ auszudehnen.

Ist die Bundeswehr trotz geplanter Reduzierungen zu groß? Dann gehen eben einige zehntausend Soldaten zusätzlich in Pension.

Im Rückblick wird deutlich, dass Genscher die Härte Gorbatschows in den Verhandlungen überschätzt; am Ende gibt Moskau in wesentlichen Fragen nach. Und ganz sicher hätte sich der FDP-Mann in keiner dieser Fragen gegen Kohl durchsetzen können.

Von Gekungel mit dem Osten oder gar Verrat ist das weit entfernt.

Das Spiel wird eben auch mit schmutzigen Tricks geführt, und Rufmord gehört dazu. Diplomatie gilt nicht umsonst als die Kunst, dem Nachbarn die Kehle durchzuschneiden, ohne ein Messer zu benutzen.

Der Georgier Schewardnadse hat in jenen Tagen dunkle Ringe unter den Augen. Er erzählt Genscher, wenn das geeinte Deutschland zur Nato komme, drohe in Moskau „Anarchie oder Diktatur“. Muss man das ernst nehmen, oder will

Schewardnadse Zugeständnisse herausholen?

Das Endspiel läuft bereits. Seit Mitte März treffen sich die sechs Delegationen zu den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen. Mal konferieren sie im Schloss Niederschönhausen in Ost-Berlin, mal in Bonn. 19 Männer und Frau Rice versammeln sich im Auswärtigen Amt in einem schlauchförmigen Raum mit Fensterfront, der etwas großsprecherisch „Weltsaal“ heißt, weil eine Weltkarte an der Wand hängt.

Es sind die Spitzendiplomaten aller Seiten, auf westdeutscher Seite Kastrup und Elbe. Sie sollen Kompromisse ausloten und an Vertragstexten basteln. Die Außenminister treffen sich später in eigenen Runden, um offene Fragen zu klären.

Kastrup will den Eindruck eines Ost-West-Gegensatzes vermeiden und schlägt eine Sitzordnung nach deutschem Alpha-



Frankreichs Staatspräsident Mitterrand 1990

Mitterrand verlangt von Kohl, den Euro früher und zu anderen Konditionen einzuführen.

Frühjahr 1990, einmal im März, zweimal im Mai, viermal im Juni.

Er habe immer wieder um Gesprächsvermerke gebeten, sagt Teltschik, doch Genscher habe ausrichten lassen, er werde Kohl direkt informieren, was nie in gewünschtem Umfang erfolgt sei. Genschers Bürochef Elbe fängt an zu lachen, wenn er darauf angesprochen wird. Natürlich habe er Teltschik die Papiere nicht gegeben.

Im Auswärtigen Amt nennen sie Genscher „den Alten“, und Elbe vergleicht den Alten mit einem „Rieseninsekt“, das mit vielen Fühlern das Umfeld abtastet. Wo geht es weiter, wo muss man zurückweichen? Und beim Tasten will sich Genscher weder von Kohl noch von Baker stören lassen.

Der deutsche Außenminister fürchtet, die Einheit könne an westlichen Maximalforderungen scheitern. Wie die Telt-

BERNARD BISSON / SYGMA / CORBIS

bet vor. Die drei sowjetischen Delegierten nehmen Platz zwischen ihren Kollegen aus F wie Frankreich und V wie Vereinigte Staaten. Kleine Nettigkeiten, die große Gegensätze mildern sollen.

Die Sowjets wollen über vieles palavern, nicht nur über Grenzen oder Viermächte-Status, sondern auch über das Verbot von Neonazis oder die Entschädigung sowjetischer Zwangsarbeiter. Julij Kwizinski ist der führende Kopf auf Seiten Moskaus. „Ein in der Wolle gefärbter Kommunist, ein absoluter Überzeugungs-täter“, sagt Kastrup heute über sein damaliges Gegenüber.

Kastrup und US-Verhandlungsführer Zoellick drücken hingegen aufs Tempo: kurze Tagesordnung, schnelle Gespräche, rasche Einheit.

Laut Verhandlungsprotokoll versucht Moskau immer wieder, einen (rangniederen) Sonderstatus für das geeinte Deutschlands festzuschreiben. Etwa als die Runde über einen Verzicht von Atomwaffen spricht. In der Sache ist dieser Verzicht unumstritten.

Nur: Erfolgt er als souveräner Akt der Deutschen, die das dann öffentlich erklären? Oder soll es eine gemeinsame Stellungnahme aller Verhandlungspartner geben, aus der sich ein Mitspracherecht der Alliierten ableiten lässt?

Nach einigen Monaten hat sich die Runde gerade einmal auf eine Liste mit jenen 20 Punkten geeinigt, bei denen man nicht einig ist.

Nun sind Moskaus Diplomaten Meister im Pokern. Sie können eindrucksvoll die Stirn in drohende Falten legen, die Stimme senken, „njet“ dröhnen.

Eine solche Strategie setzt allerdings voraus, dass der Spieler bis zum Schluss durchhält. Gorbatschow und Schewardnadse scheinen zu glauben, dass sie das schaffen.

Sie übersehen dabei Artikel 23 des Bonner Grundgesetzes. Den hat seit 40 Jahren niemand beachtet, aber jetzt studieren ihn alle mit großer Aufmerksamkeit. Denn Artikel 23 erweist sich als ein großer Joker. Da mögen die Sowjets auf Zeit spielen, die Briten sich aufplustern, die Franzosen intrigieren – gegen Artikel 23 haben sie keine Chance.

Denn er sieht vor, dass die Ostdeutschen jederzeit der Bundesrepublik beitreten können. Ein Beschluss der Volkskammer genügt. Und seit den freien Wahlen in der DDR am 18. März, bei der die einheitsbefürwortenden Parteien mehr

als zwei Drittel der Stimmen erhielten, sitzen dort ausreichend Abgeordnete, die den Beitritt anstreben. Es laufen bereits vorbereitende Verhandlungen mit Bonn; Anfang Juli wird in der DDR die D-Mark eingeführt, danach starten Gespräche zur Übernahme der westdeutschen Rechtsordnung.

Moskau kann das Spiel nicht ewig aufhalten.

Ein hoher US-Diplomat erörtert mit einem Bonner Kollegen die Lage. Blockieren die Sowjets über den DDR-Beitritt hinaus, könnten die Westmächte ihre Siegerrechte einseitig aufgeben. Das ist sozusagen der Plan für den Notfall. Die Sowjetunion wäre dann im geeinten



Britische Premierministerin Thatcher 1989

**„Zweimal haben wir die Deutschen geschlagen!
Jetzt sind sie wieder da!“**

Deutschland die einzig verbliebene Besatzungsmacht von 1945 – politisch kaum durchzuhalten.

Auch kämen die rund 350 000 Soldaten der Sowjetarmee in der DDR in eine schwierige Situation. Um sie herum bezahlten alle mit harter D-Mark, sie selbst hätten nur wertlose Rubel, das würde „die Moral dieser Truppen untergraben“, so das amerikanische Kalkül. Und mit westdeutscher Finanzhilfe könnte Moskau nicht rechnen.

Der Notfallplan bleibt in der Schublade. Die Wirtschaftskrise der Sowjetunion verschärft sich im Frühjahr 1990. In der Not verkauft Gorbatschow Gold und sogar die Abbaurechte für Diamanten. Es hilft nicht. Die internationale Zahlungsfähigkeit droht.

Anfang Mai muss Gorbatschow Kredite beschaffen – zu einem für die Deutschen perfekten Zeitpunkt. Denn US-Prä-

sident Bush und die britische Premierministerin Thatcher wollen kein Geld in die marode Sowjetwirtschaft stecken, und die Franzosen sind finanziell zu schwach. Bleibt nur Bonn als Finanzier.

Gorbatschow lässt Kohl ausrichten, das Kreamreich befinde sich in einer „Phase der Krankheit“ und brauche „Sauerstoff“, so etwa 20 Milliarden Mark.

Kohl und Genscher ermöglichen den Kredit, wenn auch nur ein Viertel des Gewünschten. Und natürlich geben sie das Geld nicht umsonst.

Die Deutschen wollten die Wiedervereinigung, die Sowjets wollten ihre wirtschaftlichen Reformen, sagt Genscher zu Schewardnadse, daraus ergebe sich eine Lage, in der man sich helfen oder einander Schwierigkeiten bereiten könne.

Allerdings sucht man den Eindruck eines Deals zu verbergen, was misslingt. Bitter klagt Schewardnadse, die Öffentlichkeit glaube, „die Sowjetunion werde gegen einen großen Kredit ja zur Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in der Nato sagen“. Genscher heuchelt Erstaunen: „Dies ist unglaublich und unerhört. Es gibt eben unverantwortliche Schwätzer, denen der Mund gestopft gehört.“

Intern sprechen beide Seiten Klartext. Mit Krediten wolle man „die sowjetische Zustimmung (zur Nato-Mitgliedschaft –Red.) kaufen“, sagt Teitschik. Und Jewgenij Primakow, sowjetischer Außenfunktionär und später russischer Premierminister, erklärt offen, die Nato-Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands „geht in Ord-

nung, wenn sich dieses der wirtschaftlichen Nöte der Sowjetunion annehmen wird“.

Jetzt geht es Zug um Zug. Ende Mai fliegt Gorbatschow nach Washington, und zur Überraschung der Gastgeber, die nicht mit einem derart frühen Einknicken rechnen, erklärt er plötzlich mitten in einer ziemlich wirren Diskussion mit Bush, die Deutschen hätten das Recht, über die Mitgliedschaft in einem Bündnis selbst zu entscheiden. Die Amerikaner glauben, sich verhört zu haben. Wie Zeitzeugin Rice berichtet, drängen einige Berater den Präsidenten, er solle Gorbatschow das wiederholen lassen (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 53).

Bush fragt nach, Gorbatschow wiederholt.

Das Hauptproblem ist gelöst.

Die Amerikaner können es kaum fassen, und Kohl ergeht es ähnlich. Dreimal

wiederholt Bush am Telefon die Nachricht vom Durchbruch, doch der Kanzler lässt sich in seinem Redeschwall über den Stand der sowjetischen Wirtschaft nicht bremsen.

Bush schickt schließlich einen Brief.

Sechs Wochen später klären Kohl und Genscher während eines Besuchs bei Gorbatschow die anderen großen Fragen: Wann wird Deutschland souverän? Zeitgleich mit der Einheit. Wann ziehen die sowjetischen Truppen ab? In maximal vier Jahren. Welchen militärischen Status bekommen die neuen Bundesländer? Normales Nato-Gebiet, nur dürfen dort keine ausländischen Nato-Truppen und keine Atomwaffen stationiert werden.

Im Gegenzug verzichtet Bonn mit viel Tamtam auf Dinge, an denen den meisten Deutschen in Ost und West nichts liegt. Bundeswehr und Nationale Volksarmee sind viel zu groß, da fällt die Verpflichtung leicht, die Streitkräfte des geeinten Deutschlands zu reduzieren. Gern sagt Kohl zu, auf ABC-Waffen zu verzichten. Die Oder-Neiße-Linie akzeptiert er öffentlich als Ostgrenze, obwohl manche Vertriebene murren.

Und selbstverständlich setzen sich die Deutschen besonders dafür ein, dass die Nato ihre Militärstrategie revidiert und vom Kalten Krieg Abschied nimmt.

Da ein Teil der Verhandlungen in Gorbatschows Heimat stattfinden, verbreiten Kohls Helfer hinterher die etwas übertriebene Version vom „Wunder im Kaukasus“.

Die Zwei-plus-Vier-Verhandler kommen nach diesen Durchbrüchen allerdings ganz schnell voran.

Bleibt die Frage des Geldes. Erstaunlicherweise tritt Gorbatschow ständig in Vorleistung, auch wenn er keinen Zweifel daran lässt, dass es bei dem ersten Kredit nicht bleiben kann.

Vielleicht ist ihm die Situation peinlich. Wohl nie in der Geschichte haben Besatzer von Besetzten verlangt, die Unterkünfte für die Truppen der Okkupationsarmee in deren Heimat zu bezahlen, weil sie dazu selbst nicht in der Lage sind. Dazu die Kosten für den Abtransport und eine Umschulung der Militärs.

Im August beginnt das Zocken. Die Russen verlangen über 36 Milliarden Mark, die Deutschen bieten 3. Beim Stand von 18,5 Milliarden Mark Forderung zu 6 Milliarden Angebot schalten sich die Chefs ein. Am 7. September telefonieren sie miteinander: Kohl erhöht

auf 8, Gorbatschow zeigt sich empört. Er komme sich vor, als sei er „in eine Falle geraten“. Kohl entgegnet, „so könne und wolle man nicht miteinander reden“. Sie wollen beide nachdenken. Drei Tage später bietet Kohl maximal 12 Milliarden. Gorbatschow droht, dann „müsse praktisch alles noch einmal von Anfang an erörtert werden“. Da legt Kohl einen zinslosen Kredit über 3 Milliarden Mark obendrauf, und Gorbatschow stimmt zu.

Der Moralist weiß, dass dies keine Glanzstunde ist. Er sei „kein Händler und schon gar kein Erpresser“, sucht er sich gegenüber Genscher zu rechtfertigen, wie ein deutscher Diplomat protokolliert.



Einheitsfeier vor dem Reichstag am 3. Oktober 1990

Der 40 Jahre lang unbeachtete Artikel 23 des Grundgesetzes erweist sich als großer Joker.

Alle Finanzleistungen an die Sowjetunion, die im Zuge der Wiedervereinigung anfallen, belaufen sich zusammen auf rund 55 Milliarden Mark, dafür müssen die Westdeutschen 1990 gerade einmal acht Tage arbeiten.

Die letzte Stunde im Deutschland-Spiel gehört den Briten.

Sie waren gegen die Einheit, als die Mauer noch stand, und sie sind es immer noch, als die Sowjets bereits zugestimmt haben.

Am 11. September 1990 scheint zunächst noch alles auf gutem Wege. Die Volkskammer hat den Beitritt gemäß Artikel 23 für den 3. Oktober beschlossen. Vorher soll in Moskau der Zwei-plus-Vier-Vertrag über die äußere Einheit unterzeichnet werden. Die Außenminister der sechs Staaten sind schon angereist oder auf dem Weg in die sowjetische Hauptstadt.

Genscher ist bester Laune und diniert mit seinem Kollegen Douglas Hurd in der Residenz des deutschen Botschafters. Der Diplomat lässt Kaviar servieren, denn Thatchers Außenminister erklärt sich bereit, ein letztes Problem aus der Welt zu schaffen. Die Briten wollen unbedingt für die Westmächte das Recht festschreiben, in der ehemaligen DDR Manöver abzuhalten, die Sowjets wollen das unbedingt verhindern. Ein absurder Streit.

Man werde keine Schwierigkeiten machen, erklärt nun Hurd und instruiert einen Mitarbeiter, die britische Verhandlungsdelegation anzurufen.

Glücklich fährt Genscher kurz vor Mitternacht zurück ins Hotel. Da kommt ihm auf dem Flur Kastrup entgegen. „Ihre Fröhlichkeit wird Ihnen gleich vergehen“, sagt er, die Briten seien trotz Hurds Zusage hart geblieben, und soeben hätten die Sowjets die Vertragsunterzeichnung für den nächsten Tag abgesagt. Hat Thatcher von London aus eingegriffen?

Unglaublich. Deutschland wird nicht souverän, weil die Tommys bei Magdeburg Panzerfahren üben wollen.

Genscher erlebte und verlangt sofort, Baker zu sprechen. Der Amerikaner soll die Briten zur Ordnung rufen, doch der US-Minister hat eine Schlaftablette genommen, und seine Leute weigern sich, ihn zu stören. Genscher lässt ausrichten, er werde sich jetzt auf den Weg machen und notfalls persönlich Baker wecken.

In einem Taxi fährt der inzwischen wieder von Herzbeschwerden geplagte Deutsche morgens um ein Uhr

mit Elbe und Kastrup ins Hotel der Amerikaner. Der übermüdete Texaner empfängt im graubraunen Bademantel aus Hotelbeständen. Zum Glück versteht er sofort.

Am nächsten Morgen rudern die Briten zurück.

Um 12.45 Uhr Moskauer Zeit ist es dann so weit. Wie ursprünglich vorgesehen, unterzeichnen die Außenminister der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs sowie Genscher und DDR-Ministerpräsident de Maizière, der zugleich als Außenminister amtiert, den „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“.

Die Zeremonie ist denkbar nüchtern. Sie findet in einem schmucklosen Nebenraum des Hotels Oktober statt. Nicht einmal Blumen hat man aufgestellt.

Wozu auch. Außer den Deutschen hat sich ja niemand gefreut. KLAUS WIEGREFE